

Herrn Bundeskanzler
Olaf Scholz MdB
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

10.01.2025

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

in Ihrem offenen Brief vom 2. Januar 2025 an EU-Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen begrüßen Sie die von der neuen EU-Kommission geplante Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und stellen zahlreiche Forderungen beispielsweise zum Bürokratieabbau auf. Wir erlauben uns hiermit, Ihren Brief zu kommentieren, da wir die von Ihnen aufgestellten Forderungen als überraschende und wenig glaubwürdige Wendung in der Europapolitik der SPD interpretieren würden.

Wir gehen nicht davon aus, dass Ihrem Brief ein umfangreicher innerparteilicher Abstimmungsprozess in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands vorangegangen ist. Schließlich stehen Ihre Forderungen diametral dem bisherigen Handeln der von Ihnen angeführten Bundesregierung und dem Abstimmungsverhalten der SPD-Europaabgeordneten in Brüssel und Straßburg entgegen.

Sollten Sie sich nicht daran erinnern können, würden wir ihnen einige Beispiele in Erinnerung rufen:

1. Sie fordern einen umfassenden Bürokratieabbau

Leider haben Sie und die von Ihnen angeführte Bundesregierung in den letzten Jahren diesbezüglich äußerst wenig unternommen. Im Gegenteil, sobald es konkret wurde, wurde sogar aktiv dagegen gearbeitet. Ein aktuelles Beispiel ist hier die EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten. CDU und CSU haben zuletzt zielgerichtete Verbesserungsvorschläge in das wieder eröffnete Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Leider wurden diese von Ihrer Bundesregierung aktiv bekämpft und auch Ihre Parteigenossen im Europäischen Parlament haben sich vehement dagegen ausgesprochen.

In diesem Zusammenhang würden wir auch gerne auf unser bereits im April 2022 veröffentlichtes Positionspapier "[Bürokratieabbau jetzt!](#)" hinweisen. Von der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament sind uns keine diesbezüglichen Initiativen bekannt.

2. Sie fordern ein Umdenken beim Einsatz Erneuerbarer Energien, Wasserstoff und Unterstützung der Stahlindustrie

Ein Kurswechsel bei den strengen Vorgaben für grünen Wasserstoff wäre in der Tat zu begrüßen. Dies gilt auch für den Einsatz von Erdgas und blauem Wasserstoff, solange grüner Wasserstoff noch nicht ausreichend vorhanden ist. Darüber hinaus pochen Sie auf eine weitere Beschleunigung der Genehmigungsverfahren.

Leider haben sich auch in diesem Bereich Ihre Parteigenossen in der Vergangenheit anders positioniert bzw. abgestimmt, etwa im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinie für erneuerbare Energien (RED III). Hier stimmte die Europa-SPD beispielsweise gegen einen Antrag, der das Ziel hatte, Genehmigungsverfahren weiter zu beschleunigen.

Ein weiteres Beispiel bietet der sogenannte Net Zero Industry Act, in welchem [Ihre Genossen](#) verhindern wollten, dass sogenannter „blauer Wasserstoff“ im Rahmen von Carbon Capture and Storage berücksichtigt wird.

Dass Sie zudem unsere bereits im Oktober 2024 erhobene [Forderung](#) nach einem europäischen Stahlgipfel erneut aufgreifen, wissen wir zu schätzen. Wir weisen gerne darauf hin, dass die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament auf den Ernst der Lage der Stahlindustrie bereits im Juli 2024 mit unserem Positionspapier "[Europäischer Stahlpakt](#)" aufmerksam gemacht hat.

3. Sie fordern die Reduzierung von Berichtspflichten

Wir fordern schon lange eine Offensive zur Kappung von Berichtspflichten bei der Nachhaltigkeitsberichterstattungsrichtlinie (CSRD), der EU-Taxonomie und beim Europäischen Lieferkettengesetz (CSDDD).

Leider hat jedoch die von Ihnen angeführte Bundesregierung am [28.11.2022 für die CSRD gestimmt](#) und sich bei der Abstimmung zum EU-Lieferkettengesetz nur aufgrund des massiven [Widerstands der FDP enthalten](#). Ihre Europaabgeordneten haben im Plenum zugestimmt. Im Gegensatz dazu hat sich die CDU/CSU-Gruppe [von Anfang an gegen](#) die detaillierten Vorschriften beider Richtlinien ausgesprochen. Auch im Rahmen des Omnibus-Verfahrens wird sich die CDU/CSU-Gruppe für entsprechende Vereinfachungen einsetzen. Wir begrüßen deshalb Ihre grundsätzliche Unterstützung dieses Vorhabens. Umso verwirrender ist, dass die S&D Fraktion im Europäischen Parlament sich erst im Dezember 2024 in einem Brief „tief besorgt“ an die EU-Kommission bezüglich des geplanten Omnibus-Verfahrens gewandt hat und darin eine komplette Ausnahme des EU-Lieferkettengesetzes forderte und auch der Vorsitzende der SPD-Gruppe im EP dieses Schreiben mitunterzeichnet hat.

4. Sie fordern eine Flexibilisierung der Flottengrenzwerte und Kaufanreize für Elektroautos

Eine Flexibilisierung der Flottengrenzwerte und ein schnellerer Ausbau der Ladeinfrastruktur sind in der Tat notwendig. Leider hat auch hier Ihre Bundesregierung keine wesentlichen Änderungen im Gesetzgebungsprozess angestrebt und auch die SPD-Europaabgeordneten haben sich bei der Abstimmung über die CO₂-Emissionsnormen für Pkw und Transporter für die strengen Grenzwerte ausgesprochen. [CDU und CSU haben schon damals dagegen gestimmt.](#)

Sie fordern in Ihrem Brief zudem eine europaweite Initiative für einen E-Auto-Kaufanreiz mit unbürokratischen Steuerabzügen für in Deutschland produzierte Fahrzeuge.

Dieser Vorschlag ist doch mehr als sonderbar, hat die Bundesregierung unter Ihrer Verantwortung als Bundeskanzler die E-Auto-Förderung Ende 2023 doch quasi über Nacht eingestellt. Jetzt soll dies auf europäischer Ebene korrigiert werden, wobei dem jedoch erhebliche

europa- und binnenmarktrechtliche Hürden (Warenverkehr, Beihilferecht) aber auch WTO-Vorgaben (nicht Diskriminierung ausländischer Produkte) und insbesondere die Frage der Finanzierung entgegen stehen. Der haushaltspolitische Rahmen der Europäischen Union ist Ihnen selbstverständlich bekannt.

In diesem Zusammenhang möchten wir gerne auf das [Positionspapier der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie](#) hinweisen.

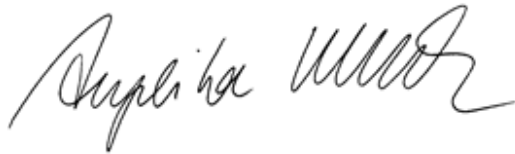
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wir setzen uns nicht ohne Grund seit Jahren für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Bürokratieabbau ein und freuen uns deshalb über jeden einzelnen zusätzlichen Mitstreiter.

Nichtdestotrotz haben wir erhebliche Zweifel, dass Sie persönlich, eine Bundesregierung unter Ihrer Führung und auch Ihre Parteifreunde in Brüssel und Straßburg im Ernstfall entsprechend handeln würden. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit sind eindeutig.

Mit freundlichen Grüßen



Daniel Caspary MdEP
- Vorsitzender -



Prof. Dr. Angelika Niebler MdEP
- Co-Vorsitzende -